

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
10/2011*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Anbei wieder aktuelle Informationen direkt aus dem SPÖ-Klub im Parlament.

In der Sondersitzung vom 12. Oktober ging es um den Umgang mit den verfassungsmäßig vorgesehenen Instrumenten der direkten Demokratie in Österreich.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Plenum 12.10.2011

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Mittwoch, 12. Oktober 2011, trat der Nationalrat zu einer von der FPÖ beantragten Sondersitzung zusammen. Debattiert wurde dabei ein dringlicher Antrag der FPÖ betreffend die Abhaltung von Volksbefragungen. Der Antrag fand keine Mehrheit.

In der Diskussion forderte **Bundeskanzler Werner Faymann mehr Ernsthaftigkeit im Umgang mit den verfassungsmäßig vorgesehenen Instrumenten der direkten Demokratie**. Die SPÖ begrüßt jede Diskussion, wo und wie direkte Demokratie einen Beitrag dazu leisten kann, Österreichs hohen Standard abzusichern. Direkte Demokratie bietet die Möglichkeit, zusätzlich zu von der Regierung vorangetriebenen Reformen, die **Bevölkerung bei Grundsatzfragen in Entscheidungen einzubinden**. Als Beispiele nannte der Kanzler die Frage der allgemeinen Wehrpflicht oder essentielle Änderungen im EU-Vertrag.

Die von der FPÖ in ihrem Antrag eingebrachten Beispiele, die letztendlich auf einen Austritt aus der Europäischen Union abzielen würden, zeigten, dass **"es ein höheres Ausmaß an Sachlichkeit, inhaltlichem Tiefgang und konstruktiver Diskussion braucht"**, sagte Faymann. Auch auf europäischer Ebene kann ein Volksbegehren dazu führen, dass man in Fragen, beispielsweise der **Finanztransaktionssteuer** oder der **Kernenergie**, die Bevölkerung stärker mobilisiert.

Auch **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** stellte fest, dass die **FPÖ die direkte Demokratie nicht ernst nimmt** und verwies auf Initiativen der SPÖ auf europäischer Ebene für eine Finanztransaktionssteuer und gegen Kernenergie. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, beteiligt zu werden an dem, was in diesem Land geschieht. Aber auf ernsthafte Weise, nicht so, wie die FPÖ das vorgibt. Während der Regierungsbeteiligung der FPÖ hat es beispielsweise keine Volksbefragung zu wichtigen Themen, wie beispielsweise dem Beitritt von Griechenland zur Eurozone oder der Anschaffung der Eurofighter gegeben.

Insgesamt verwies der SPÖ-Klubobmann auf die **gute Arbeit im Parlament**. In dieser Legislaturperiode wurden 323 Gesetze beschlossen, 231 davon waren Regierungsvorlagen. 37 Prozent der Beschlüsse wurden einstimmig getroffen, nur 19 Prozent der Vorlagen fanden nur bei den Regierungsfractionen Zustimmung, die anderen wurden mit unterschiedlichen Mehrheiten beschlossen. **Das Parlament arbeitet und nimmt seine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wahr.**

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Auch **SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann** betonte, dass mit dem Instrument der direkten Demokratie vorsichtig umgegangen werden muss. Wittmann sprach sich dafür aus, die **repräsentative Demokratie** zu **achten** und warnte davor, bei Fragen, die nur bestimmte Teile der Gesellschaft betreffen, Volksbefragungen bzw. Volksbegehren durchzuführen. Der Versuch der FPÖ, sich über das Instrument der direkten Demokratie profilieren zu wollen, sei "**ganz plumper Populismus**". Vor dem **Missbrauch direkter Demokratie** für parteipolitische Zwecke warnte SPÖ-Abgeordnete **Angela Lueger**. Im Gegensatz dazu macht die **SPÖ verantwortungsvolle und sachliche Politik**. **SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter** forderte ebenfalls eine **sachliche und seriöse Diskussion** zum Thema direkte Demokratie ein. In Sachen Demokratie braucht die SPÖ keine Nachhilfe der FPÖ – angesichts der gerichtlichen Verurteilungen, braunen Flecken und Skandale dieser Partei.

Alle Abgeordneten betonte die **erfolgreiche Krisenbekämpfung in Österreich**. Das Gesundheits- und Sozialsystem in Österreich funktioniert hervorragend – beim Pflegegeld ist Österreich sogar Weltmeister. Österreich hat hohe Beschäftigungszahlen und die niedrigste Arbeitslosenquote in Europa. „Warum sind Sie nicht stolz mit uns?“ Diese Frage stellte SPÖ-Klubobmann Cap in Richtung FPÖ.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien